Sonntags-Ausgabe.

„Berliner Tageblatt“
erscheint wochentägl. zweimal, Sonntags einmal. Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Rußlands u. der Donaustaaten; für alle übrig. Staat. ist d. Bezug nur p. Kreuzband durchd. Exp. d. Bl. möglich. In Berlin abonniert man bei der Haupt-Exp. SW. 19, Jerusalemerstr. 46/49, sowie deren Filialen: Leipzigerstr. 103; Potsdamerstr. 38; Bayreutherstr. 32; Königstr. 56/57; Prinzenstr. 41; Alt-Moabit 138; Schiffbauerdamm 1; Gr. Frankfurterstr. 33; Petersburgerstr. 2; Wittenbergplatz 6; Sorauerstr. 20; Rykestr. 31; Schützendorferstr. 27; Schöneberg, Hauptstr. 8; Charlottenburg, Kantstr. 54; Rixdorf, Prinz Handjerystr. 33/34; Pankow, Berlinerstr. 13 b.
Chef-Redakteur: Arthur Levysohn in Berlin.

Abonnements-Preis
für das „Berliner Tageblatt“ u. „Handels-Zeitung“, sowie das illustr. Wochenblatt „ULK“, die feuilleton. Montags-Ausg. „Reklame“, die „Technische Rundschau“, die illustr. Halbwochen-Chronik „Der Welt-Spiegel“ und „Haus und Garten“ durch die Post bezog. vierteljährlich 6 M., Ausland exkl. Postaufschlag; für Berlin bei tägl. zweimal. Zustell. monatl. 2 M., vierteljährl. 6 M. Direkt unter Kreuzbd. vierteljährl.: für Ausland 18 M., fürs Inland 14 M. Inserate Zeile 70 Pf. („General-Anzeiger“ 40 Pf.) werd. d. b. Exped. SW. 19, Jerusalemerstr. 46/49, sowie der Filialen: Leipzigerstr. 103, Potsdamerstraße 38; Bayreutherstr. 32; Königstr. 56/57; Prinzenstr. 41; Alt-Moabit 138; Schiffbauerdamm; Schützendorferstraße 27; Gr. Frankfurterstr. 33; Charlottenburg, Kantstraße 54, angenommen.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

Nr. 46
37. Jahrgang

und Handels-Zeitung.

Sonntag
26. Januar 1908

Hierzu die Illustrierte Halbwochen-Chronik „Der Welt-Spiegel“ Nr. 8.

∞ Politische Wochenschau.

Von
Paul Michaelis.

Der Kampf um das preußische Wahlrecht gab auch der letzten Woche ihr Gepräge. Nachdem der Antrag der freisinnigen Parteien im preußischen Abgeordnetenhause an dem Widerspruch der preußischen Regierung und der reaktionären Mehrheit gescheitert war, versuchte es die Sozialdemokratie, auf dem indirekten Wege über den Reichstag etwas Feuer hinter die preußische Wahlreform zu machen. Allzuviel war allerdings von diesem Vorgehen nicht zu erwarten. Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident sind eine und dieselbe Person. Auch Fürst Bülow kann nicht aus seiner Haut heraus. Nachdem er soeben in Preußen sich jeder entschiedenen Wahlreform widersetzt hatte, konnte man von ihm nicht erwarten, daß er im Reichstage eine grundsätzlich andere Haltung einnehmen werde.

Indessen ließ sich Fürst Bülow auf die preußische Wahlreform im Reichstage überhaupt nicht ein. Er machte einfach den so beliebten Kompetenzeinwand geltend, wonach das Landtagswahlrecht eine zur Zuständigkeit der gesetzgebenden Organe Preußens gehörende innere Angelegenheit des preußischen Staates darstellt. Diese Antwort war vielleicht staatsrechtlich korrekt, aber sie wurde den tatsächlichen Verhältnissen in keiner Weise gerecht. Vor allem verletzte Fürst Bülow durch seine ablehnende Haltung völlig einen Grundsatz, der unter dem Fürsten Bismarck die Richtschnur der innerpreußischen Politik bildete, wonach Preußen in süddeutschland moralische Eroberungen machen müsse. Statt dessen stellte er sich auf den Standpunkt, daß sich kein Mensch im Reich darum zu kümmern habe, was in Preußen geschieht. Leider fielen selbst die Nationalliberalen auf diesen Standpunkt formeller Korrektheit hinein. Auch nach der Meinung des Abgeordneten Bassermann soll Preußen tun und lassen können, was es will, ohne daß die Süddeutschen das Recht hätten, von dem preußischen Wahlrechtskampf Notiz zu nehmen.

Wer das Deutsche Reich nicht als einen nur äußerlich verbundenen Haufen von Bundesstaaten ansieht, sondern als ein organisches Gebilde, dessen einzelne Teile aufeinander angewiesen sind und sich in der mannigfachsten Weise beeinflussen, der wird sich mit dieser rein mechanischen Auffassung nicht befreunden können. Es muß in einem Bundesstaat, wie es das Deutsche Reich darstellt, ein regulierendes Prinzip geben, nach dem sich die Einzelstaaten zu richten haben. Dieses Prinzip aber kann nur im Reichstagswahlrecht gefunden werden. Die süddeutschen Staaten haben in den letzten Jahren ihr bis dahin geltendes Wahlrecht umgestaltet, indem sie sich dem Reichstagswahlrecht wenigstens anzunähern suchten. So müßten sie bereits jedes Interesse am Reich verloren haben, wenn es ihnen gleichgültig wäre, ob Preußen bei der Dreiklassenwahl beharrt, oder ob es gleichfalls mit einer Reform des Wahlrechts in der Richtung auf das Reichstagswahlrecht hin Ernst macht.

Der Abgeordnete v. Payer hat nicht bloß den Liberalen des Südens, sondern auch des Nordens aus der Seele gesprochen, als er mit aller Bestimmtheit erklärte: „Das Interesse der Süddeutschen für die preußische Wahlrechtsfrage wird nicht eher erlöschen, als bis das preußische Wahlrecht in eine gewisse Gleichmäßigkeit mit dem Wahlrecht der anderen deutschen Einzelstaaten gebracht sein wird.“ Wie stark dieses Interesse an der preußischen Wahlreform auch nach der ablehnenden Erklärung des Fürsten Bülow im Reichstage und im preußischen Abgeordnetenhause noch im ganzen Lande ist, ja wie durch diese ablehnende Haltung der Widerspruch aller Liberalen des Deutschen Reiches erst noch aufgestachelt worden ist, dafür bringen die Kundgebungen zugunsten der Wahlreform in Preußen, die täglich aus allen Richtungen der Windrose gemeldet werden, einen vollgültigen Beweis.

Es hilft auch nichts, sich diesen Kundgebungen gegenüber blind und taub zu stellen. Mag es immer zutreffen, daß sie nicht bloß der Regierung unbequem sind, sondern auch den diplomatisierenden Vertretern des dürren Astes des Freisinns nicht in den Kram passen, so verpuffen solche Willenserklärungen großer Wählermassen deshalb noch lange nicht in die leere Luft. Wo in einem Volke, wie es das deutsche ist, ein starker und bewußter Wille vorhanden ist, da setzt er sich auch zuletzt, allen Hindernissen zum Trotz, durch. Aber die offizielle Vertretung der liberalen Parteien sollte zusehen, daß sie den Anschluß an diese Volksströmung nicht verpaßt. Was von der Sekunde ausgeschlagen worden ist, das bringt manchmal keine Ewigkeit wieder zurück.

Allerdings ist es psychologisch begreiflich, daß innerhalb des Freisinns keine Neigung besteht, die Blockharmonie zu stören. Fürst Bülow ist ein bequemer Kanzler und versteht es ausgezeichnet, durch kleine Gefälligkeiten und Artigkeiten darüber hinwegzutäuschen, daß er für die liberalen Schmerzen und Bedürfnisse kein Ohr hat. Auch sprechen ernste sachliche Erwägungen mit, wenn sich die liberalen Parteien vor einem Bruch mit der Blockpolitik scheuen. Selbst Herr v. Payer lehnte es deshalb ab, mit einem sensationellen Akt eine Wendung zur grundsätzlichen Opposition zu vollziehen.

Ebenso hat die freisinnige Vereinigung, die bereits einen Beschluß gefaßt hatte, wonach eine deutliche Mißtrauenskundgebung gegen den Fürsten Bülow unerläßlich sei, auf ihre Absicht verzichtet, weil offenbar innerhalb der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft dafür keine Mehrheit zu finden war. Es wird deshalb vorläufig bei der Blockpolitik bleiben. Aber es läßt sich ebenso wenig verkennen, daß ein Reif auf die liberalen Hoffnungen gefallen ist, und daß heute eine Vertrauenskundgebung für den Fürsten Bülow, wie sie am 4. Dezember im Reichstage stattfand, unmöglich wäre.

Auch ist nicht zu übersehen, daß sich die Differenz zwischen dem Freisinn und dem Fürsten Bülow, wie sie in der Wahlrechtsfrage zutage trat, demnächst bei der Reichsfinanzreform wiederholen dürfte. Denn auch hier will die Reichsregierung Hott, während die Liberalen Hüh wollen. Was an neuen Steuervorlagen dem Bundesrat bisher vorliegt, das ist vielleicht mit einer konservativ-ultramontanen Mehrheit durchzusetzen, ganz gewiß aber nicht mit der Blockmehrheit. Ebenso wenig aber liegt eine Verschiebung der Reichsfinanzreform auf das nächste Jahr im Reichsinteresse. Denn nur auf der Grundlage guter Finanzen läßt sich gute Politik machen, was sich gerade jetzt sowohl bei der Aufbesserung der Reichsbeamtengehälter wie bei der Fortführung der sozialen Gesetzgebung mit aller Deutlichkeit zeigt. Dazu kommt, daß noch in diesem Jahre die Neuwahlen zum preußischen Abgeordnetenhause stattzufinden haben. Für die liberalen Parteien ist es von allergrößter Bedeutung, daß sie erklären können, jeder Erhöhung der indirekten Steuerlast energisch entgegengetreten zu sein. In dieser Zeit der allgemeinen Teuerung und einer rückgängigen Konjunktur muß notwendig neben dem Wahlrecht die Steuerfrage eine ausschlaggebende Rolle spielen. Der Liberalismus, der wieder mehr als bisher auf die Wünsche und Bedürfnisse der großen Masse Rücksicht zu nehmen hat, wenn er durch die kommende Landtagswahlen in die Höhe getragen werden will, muß in Sachen des Wahlrechts und der Steuerreform mit weißer Weste vor die Wähler treten können.

Gleichzeitig sollte er sich freilich darüber klar sein, daß er die Taktik der Sozialdemokratie nicht mitmachen kann. Der sozialdemokratische Versuch, die Straße zu erobern, ist, wie man sich nicht verhehlen kann, mißlungen. Ja, wenn die Wahlrechtsinterpellation mit einem gewissen Fiasko für die Sozialdemokratie geendet hat, so war daran, abgesehen von der nicht sehr geschickten Auswahl des Redners, ganz besonders der Versuch schuld, die Straßendemonstrationen mit in die Wahlrechtsinterpellation zu verflechten. Damit zog die Sozialdemokratie nicht nur den Trennungsstrich gegen alle bürgerlichen Parteien und selbst gegen solche Abgeordnete, die grundsätzlich für die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen eintreten, sondern sie gab auch dem Fürsten Bülow die willkommene Gelegenheit, die Debatte auf die Straßendemonstrationen hinüberzuspielen und als Vertreter der öffentlichen Ordnung eine ernste Mahnung an die demonstrierenden Arbeiter zu richten. Wenn die Mahnung und die aus ihr herausklingende Drohung auch in einem gewissen Mißverhältnis zu der wirklichen Bedeutung der Straßenkundgebungen stehen mochte, und wenn man sich auch fragen muß, ob Fürst Bülow nicht den Beweis für sein arbeiterfreundliches Herz allzu lange schuldig geblieben ist, so haben es sich die Sozialdemokraten doch selbst zuzuschreiben, wenn sie sich in der Debatte isoliert sahen. Im Bürgertum ist jedenfalls nicht die geringste Neigung, auch wo man für das gleiche und direkte Wahlrecht mit voller Kraft und Ueberzeugung eintritt, sich zu Straßenkundgebungen mißbrauchen zu lassen.

Wenn es somit dem Fürsten Bülow gelang, sich durch eine Ausnützung der Blöße, die sich die Sozialdemokratie gab, aus der Wahlrechtsinterpellation im Reichstage mit leidlichem Anstand herauszuziehen, so sind doch deshalb die in der politischen Lage selbst liegenden Schwierigkeiten nicht geringer geworden sind. Fürst Bülow hat allerdings noch in diesen Tagen guten Mut zur Schau getragen und dem Vertreter eines französischen Blattes erklärt, daß er weder Grund noch Lust habe, zurückzutreten. Nur hilft ihm ein solcher Optimismus über die verfahrene Lage nicht hinweg. Zeigt sich doch, daß das heutige System an allen Ecken und Enden gefährliche Risse und Sprünge aufzuweisen hat. Die Verurteilung des Grafen Lynar zu schwerer Gefängnisstrafe und die Freisprechung des Grafen Hohenau, die wenigstens eine moralische Verurteilung bedeutete, läßt erkennen, daß in der Armee noch vieles faul ist, ohne daß die maßgebenden Kreise darüber genügend unterrichtet waren.

Ebenso ist der Erfolg, den die Regierung auf der außerordentlichen Versammlung des Flottenvereins in Kassel davongetragen hat, nur sehr äußerlicher Art gewesen. Herr Keim hat allerdings die Geschäftsführung des Flottenvereins niederlegen müssen, aber die Geister, die erst von der Regierung selbst gerufen worden waren, ist sie deshalb noch lange nicht los geworden. Der chauvinistische Ton, der in Kassel von der Mehrheit der Redner angeschlagen wurde, ist nur geeignet, uns zu unseren Beziehungen zum Auslande Unannehmlichkeiten zu bereiten. Dabei stehen doch die großsprecherischen Reden mit unseren Erfolgen auf dem Gebiet der auswärtigen Politik in einem fast kläglichen Widerspruch. Gerade in diesen Tagen ist in der französischen Kammer Herr Delcassé wieder aus der Versenkung aufgetaucht, in die ihn das französische Volk im Jahre 1905 verwiesen hatte. Herr Delcassé scheint die beste Absicht zu haben, sein Werk dort wieder aufzunehmen, wo er es damals liegen lassen mußte. Das ist vielleicht eine Gefahr für uns; in jedem Falle ist es aber ein Mißerfolg der Bülowschen Politik.

Frankreichs bessere Zeiten.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L Paris, 25. Januar.

Man war gespannt, wie sich der „Temps“ zur Rede Delcassés äußern würde, da dieses Blatt den früheren Minister erst unterstützt, dann aber ziemlich brüsk abgeschüttelt hatte. Der „Temps“ schreibt diplomatisch, daß man den veränderten Zeiten Rechnung tragen müsse. Im Jahre 1905, sagt er, war Frankreich seiner selbst unsicher, man glaubte nicht an die gute Absicht Delcassés und mußte ihn opfern, wenn man den Vorteil des Landes im Sinne hatte. Inzwischen sind die Zeiten besser geworden, das gegenseitige Vertrauen in die friedliche Gesinnung stärker, die Stellung Frankreichs im Kreise der Mächte sicherer. Das sei nicht zum wenigsten ein Verdienst der Politik Delcassés, deren Grundsätze noch lange Geltung haben müßten. Auch Deutschlands Ansichten hätten sich geändert. Man dürfe hoffen, daß die Rede richtig aufgefaßt würde. Ein Gleichgewicht der Mächte sei eine Vorbedingung des Friedens.

Weniger zufrieden sind die „Débats“. Sie gönnen dem schwergekränkten Manne seinen persönlichen Erfolg, glauben aber, sein langes Schweigen sei würdevoller gewesen als dieser rednerische Knalleffekt, dessen Wirkung man noch nicht voraussagen könne. Mit Hohn werden die Combisten überschüttet, die einmal Delcassé fallen ließen, ihn gestern von neuem auf den Schild hoben und Montag vielleicht wieder einer neuen Politik zujubeln werden, wenn ein anderer sie mit listigen Worten zu fangen wisse.

* * *

Paris, 25. Januar. (W. T. B.) Die Deputierten besprachen heute in den Wandelgängen der Kammer die Rede Delcassés. Einige hielten sie für den rechten Widerhall der Mehrheit der öffentlichen Meinung. Lucien Hubert erkannte an, daß Delcassé die französische Politik gut geschildert habe, aber er hätte vor drei Jahren das Ministerium niederlegen müssen, weil er die Grenzen überschritten wollte. Dubief, ein früherer Kollege Delcassés, gab ähnlich lautende Erklärungen ab. Klotz sagte, die Sprache Delcassés wäre gestern möglich, weil Frankreich die Schwächen seiner Bewaffnung ausgemerzt habe.

* * *

London, 25. Januar. (W. B. H.) Die hiesigen Blätter fahren fort, die gestrige Rede Delcassés über Marokko zu kommentieren. Hervorzuheben sind die Aeußerungen der „Westminster Gazette“, welche schreibt: Die Rede Delcassés zeigt uns an Stelle jenes scheuen, unterworfenen Frankreichs, welches vergeblich einen unerbittlichen Gegner zu versöhnen suchte, ein neues Frankreich, welches stark ist und verlangt, durch kluge Politik seine Stellung uneinnehmbar zu machen sowie die Hegemonie einer Großmacht zu vernichten. — „Globe“ schreibt: In der Rede Delcassés wird für Frankreich die Notwendigkeit hervorgehoben, seine Marokkopolitik ohne Zögern fortzusetzen, ungeachtet der Drohungen, einer Nachbarmacht. Es ist nicht zu leugnen, daß eine Macht wie Frankreich keine andere Wahl hat, und es kann bei der Ausführung seines Werkes auf den guten Willen Englands rechnen.

Die Städte der Zukunft.

Von
Dr. Rob. Brunhuber.

Der Generalsekretär des Deutschen Vereins für Wohnungsreform, Dr. K. v. Mangoldt, hat das soeben erschienene Heft 8 der Abhandlungen des genannten Vereins „Den Städten der Zukunft“ gewidmet. Das groß angelegte Werk behandelt auf 745 Seiten „Die städtische Bodenfrage“, eine Untersuchung über Tatsachen, Ursachen und Abhilfe. Die Wissenschaft wie die Praxis werden sich in gleicher Weise mit der bedeutsamen Arbeit zu beschäftigen haben. Insbesondere werden die in letzter Zeit so geschäftigen theoretischen Vorkämpfer und Verteidiger der privaten Bodenspekulation, die Professoren Andreas Voigt und Adolf Weber, ihre angegriffenen Theorien über die Grundrente und verwandte Fragen zu verteidigen haben.

Worauf ich jedoch an dieser Stelle in erster Linie die breiteste Oeffentlichkeit hinweisen will, jeden, der sich mit den Bodenfragen und der Wohnungsreform irgendwie beschäftigt, sei es als Politiker oder Privatmann, als Produzent oder Konsument von Bodenwerten, als kommunaler Beamter oder als Gemeinderat und Stadtverordneter, das sind die praktischen Reformvorschläge, die der Verfasser in bezug auf das wirksamste Mittel einer Besserung der städtischen Boden- und damit Wohnverhältnisse macht. Denn das darf ich wohl — ohne auf die erschöpfende Darstellung des neuen Werkes einzugehen — als allgemein zugestanden voraussetzen, daß die Entwickelung der städtischen Bodenfrage seit einigen Jahrzehnten zu den bedenklichsten wirtschaftlichen und sozialen Ergebnissen geführt hat. Es ist